

Rechtsanwalt Fortmeyer · Schloßstraße 94 · D-60486 Frankfurt am Main

Initiative Nie Wieder!
Herrn Klaus Günter Annen
Cestarostraße 2

69469 Weinheim

VORAB PER TELEFAX: 06201-2909928

Jan-Alexander Fortmeyer

Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht
Fachanwalt für Gewerblichen Rechtsschutz

Schloßstraße 94
D-60486 Frankfurt am Main

Tel +49-69-138 254 333
Fax +49-69-138 254 335
E-Mail ra@fortmeyer.de
www.fortmeyer.de

Commerzbank Frankfurt BLZ 50040000
Konto 6818868 - Anderkonto 681960180

USt-ID-Nr.: DE 232854365

IHR SCHREIBEN VOM

IHR ZEICHEN

UNSER ZEICHEN
12/00212 Kanz/Fo

FRANKFURT, DEN
18.10.2012

pro familia Landesverband Hessen ./Initiative Nie Wieder!

Sehr geehrter Herr Annen,

ich vertrete die rechtlichen Interessen des pro familia Landesverbandes Hessen e.V., Palmengartenstraße 14, 60325 Frankfurt am Main. Meine ordnungsgemäße Bevollmächtigung können Sie der beigefügten Vollmacht entnehmen. Bitte führen Sie jegliche künftige Korrespondenz in der nachfolgend beschriebenen Angelegenheit ausschließlich mit meiner Kanzlei.

Sie sind nach den Vorschriften des Telemediengesetzes rechtlich verantwortlich für die Inhalte auf der Webseite unter den URLs www.babycaust.de bzw. www.babykaust.de.

Meine Mandantschaft musste nun feststellen, dass Sie auf Ihrer Webseite z.B. unter <http://www.babykaust.de/09/profa/kzz/kzz-9-1.html> u.a. wahrheitswidrig behaupten meine Mandantin unterhalte „Tötungszentren“, sei eine „Abtreibungs- und Tötungsorganisation“ und finanziere mit Spendengeldern aus der Aktion „Kinder zeigen Zähne“ Abtreibungen.

Diese Behauptungen sind unwahr und geeignet, den Ruf von pro familia wie auch der teilnehmenden Zahnarztpraxen zu schädigen.

Es handelt sich hier um eine reine Rufmordkampagne, welche mit ungewöhnlich hoher krimineller Energie offensichtlich das Ziel verfolgt, das Ansehen und den Ruf meiner Mandantschaft zu schädigen.

Im Einzelnen behaupten Sie:

„Pervers

*"Pro" Familia sammelt mit der
Aktion "Kinder Zähne zeigen"*

in den Arztpraxen Zahlgold.

*Mit dem Erlös wollen sie Kinder und Jugendliche
vor Gewalt schützen.*

*Doch die schlimmste Gewalt, die man einem Menschen antun kann, ist die
Gewalt der Tötung im Mutterleib*

*durch Absaugen, zerschneiden,
zerstückeln oder vergiften.*

*Diese "Dienstleistung" führt "Pro" Familia
in eigenen Tötungszentren durch!"*

*„Jedes Jahr sind es mindestens 5000 ungeborene Kinder,
die der "Pro" Familia auch gerne die Zähne gezeigt hätten!*

*Doch das Leben dieser Kinder wurde in
med. Einrichtungen der "Pro" Familia brutal beendet!!*

*Die Dienstleistung "Abtreibung" bringt der
Tötungsorganisation jährlich mindestens 2.500.000 Euro ein.
Nun kommen die Einnahmen aus dem Zahngold dazu!!"*

„Eine Hand wäscht die Andere!

*Auf der einen Seite wird in den Zahnarztpraxen
altes Zahngold für die Abtreibungsorganisation
"Pro Familia" gesammelt.*

*Dafür gibt es natürlich auch eine
U(H)Rkunde!*

*Im Gegenzug revanchiert sich hier und da "Pro Familia" und bewirbt diese
Zahnarztpraxis auf ihrer Internetseite"*

Damit suggerieren Sie gegenüber dem uninformatierten Leser, dass Spendenmittel aus der Aktion „Kinder zeigen Zähne“ unmittelbar oder mittelbar für Abtreibungen verwendet werden. Das widerspricht den Tatsachen. Die entsprechenden Spendengelder werden ausschließlich für die Aufklärungs- und Präventionsarbeit zugunsten von Kindern und

Jugendlichen verwendet. Ein Ziel dieser wichtigen Arbeit ist es unter anderen, ggf. erforderliche Abtreibungen in diesem Personenkreis gerade zu verhindern.

Da es sich hier nicht lediglich um Meinungsäußerungen, sondern um Tatsachenbehauptungen handelt, die dem Beweis zugänglich sind, sind an die Richtigkeit solcher Darstellungen besonders hohe Anforderungen zu stellen.

Ihre Behauptungen sind schlichtweg unwahr, werden nicht von Ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung aus Art. 5 Abs. 1 S. 1, 2 GG geschützt und stellen eine von meiner Partei nicht hinzunehmende Rufschädigung sowie einen rechtswidrigen Eingriff in deren Geschäftsbetrieb dar, so dass meine Mandantschaft derartige in der Öffentlichkeit getätigte Behauptungen nicht dulden muss und deswegen nach § 1004 Abs. 1 Satz 2 analog, § 823 Abs. 1 BGB Unterlassung von Ihnen verlangen kann.

Meine Mandantschaft ist nicht gewillt, Ihr rechtswidriges Verhalten hinzunehmen und wird die ihr zustehenden Ansprüche erforderlichenfalls gerichtlich durchsetzen.

Ich habe Sie daher im Namen und Auftrag meiner Mandantschaft aufzufordern, derartige Äußerungen umgehend zu unterlassen und jene Behauptungen von Ihrer o.g. Internetseite unverzüglich zu entfernen, sowie sich durch Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungsverpflichtungserklärung zur Unterlassung der Rechtsverletzungen zu verpflichten. Hiermit sollten Sie sich des beiliegenden Entwurfs bedienen, den Sie bitte bis spätestens

Freitag, 26.10.2011 (Zeitpunkt des Eingangs)

unterschrieben an meine Kanzlei zurücksenden. Diese Frist wird nur durch rechtzeitigen Eingang in meiner Kanzlei gewahrt; wobei eine Vorabübersendung per Telefax ausreicht, wenn das Original im normalen Postlauf nachfolgt.

Ich weise Sie darauf hin, dass nur eine mit einem Vertragsstrafeversprechen angemessen gesicherte Erklärung die Vermutung für das Vorliegen der Gefahr der Fortsetzung oder Wiederholung der rechtswidrigen Praxis ausräumt. Weder genügt die ohnehin erforderliche tatsächliche Beendigung Ihres Verhaltens, noch die Abgabe einer ungesicherten Erklärung, um dem Rechtsschutzbedürfnis meiner Mandantschaft zu entsprechen.

Bei unterbliebener, nicht rechtzeitiger oder unvollständiger Abgabe und Zugang der Unterlassungserklärung werde ich meiner Mandantschaft raten, ohne weitere Ankündigung gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, auch durch Beantragung einer einstweiligen Verfügung bei einem zuständigen Landgericht. Dies wäre mit weiteren, erheblichen Kosten für Sie verbunden.

Darüber hinaus haben Sie gem. ständiger Rechtsprechung meiner Mandantschaft die Kosten dieser erforderlich gewordenen Abmahnung gemäß nachfolgender Kostenberechnung zu ersetzen. Der ihr zugrundegelegte Streitwert von 10.000,00 € ist bei derartigen äußerungsrechtlichen Streitigkeiten im unteren Bereich des Üblichen und Angemessenen.

		Wert / Satz	€
1,3	Geschäftsgebühr (außergerichtl. Vertretung) (17.10.2012) (gemäß §§ 2 Abs. 2, 13 RVG i.V.m. Nr. 2300 VV RVG 2006 RVG)	10.000,00 €	631,80 €
	Post + Telekommunikation (pauschal) (17.10.2012) (gemäß § 2 Abs. 2 RVG i.V.m. Nr. 7002 VV RVG)		20,00 €
	Zwischensumme		651,80 €
19 %	Umsatzsteuer (§ 2 Abs. 2 RVG i.V.m. Nr. 7008 VV RVG)		123,84 €
	Endsumme		775,64 €

Bitte überweisen Sie den Gesamtbetrag ebenfalls binnen vorgenannter Frist auf mein Kanzlei-Konto, Konto-Nr. 681960180 bei der Commerzbank Frankfurt, BLZ 50040000. Ansonsten wird meiner Mandantschaft auch diesbezüglich zur Klage geraten werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Carina Lischke, LL.M.
 - Rechtsanwältin -
 für den urlaubsabwesenden
 Jan-Alexander Fortmeyer
 - Rechtsanwalt -
 Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht
 Fachanwalt für Gewerblichen Rechtsschutz

Strafbewehrte Unterlassungserklärung

Herr **Klaus Günter Annen**, Cestarostraße 2, 69469 Weinheim

- Unterlassungsschuldner -

verpflichtet sich hiermit gegenüber

dem **pro familia Landesverband Hessen e.V.**, Palmengartenstraße 14, 60325 Frankfurt am Main

- Unterlassungsgläubiger -

1. es bei Meidung einer für jeden Fall von dem Unterlassungsgläubiger festzusetzenden und im Streitfall vom zuständigen Gericht auf ihre Angemessenheit zu überprüfenden Vertragsstrafe zu unterlassen, wörtlich oder sinngemäß öffentlich zu behaupten oder behaupten zu lassen:

„Doch die schlimmste Gewalt, die man einem Menschen antun kann, ist die Gewalt der Tötung im Mutterleib durch Absaugen, zerschneiden, zerstückeln oder vergiften. Diese "Dienstleistung" führt "Pro" Familia in eigenen Tötungszentren durch.

Doch das Leben dieser Kinder wurde in med. Einrichtungen der "Pro" Familia brutal beendet!!

Die Dienstleistung "Abtreibung" bringt der

Tötungsorganisation jährlich mindestens 2.500.000 Euro ein.

Nun kommen die Einnahmen aus dem Zahngold dazu!!“

wie auf der Internetseite <http://www.babykaust.de/09/profa/kzz/kzz-9-1.html> geschehen.

2. die dem Unterlassungsgläubiger entstandenen Kosten der erforderlich gewordenen Abmahnung durch Rechtsanwalt Fortmeyer, Frankfurt, auf Basis einer 1,3 RVG-Geschäftsgebühr zzgl. Auslagenpauschale bei einem Streitwert von 10.000,00 € zu ersetzen.

Ort

Datum

rechtsverbindliche Unterschrift